Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 26.06.2018, S.17

Kali-Debatte lässt die Emotionen hochkochen

Anwälte sollen helfen: Klare Mehrheit für Kurs von SPD und CDU / Veuskens attackiert Bruer und Prior scharf

Von Tarek Abu Ajamieh

Kreis Hildesheim. Der Landkreis schaltet Fachanwälte ein, um sich beim Thema Kaliabbau beraten zu lassen. Das hat der Kreistag gestern Nachmittag auf Antrag der SPD/CDU-Mehrheitsgruppe nach einer teilweise sehr scharfen Debatte beschlossen. Landrat Olaf Levonen (SPD) warb vergeblich für eine Entscheidung zur Salzwasser-Einleitung und deutete an, das Land könne dem Landkreis das Votum irgendwann entziehen.

CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior betonte, das Ganze sei „nicht entscheidungsreif". Sein wichtigster Kritikpunkt: die Kontaminierung des Grundwassers am bestehenden Kaliberg. Zudem monierte er, dass ein zweiter Berg zwar eine Basisabdichtung bekommen solle, diese aber nach 80 Jahren undicht werde und der Boden zwischen Giesen und Sarstedt dann um bis zu 60 Zentimeter absinken könne. Daher müsse vor einer Genehmigung über Sicherheitsleistungen gesprochen werden.

SPD-Sprecher Klaus Bruer betonte, das Engagement der Mehrheitsgruppe habe bereits einige Erfolge gezeigt. So sei der „Skandal" um das Grundwasser überhaupt erst publik geworden. Zudem wolle K+S inzwischen zwei Jahre nach der Genehmigung ein Konzept zur Abdeckung des ersten Kaliberges vorlegen – und nicht wie zunächst angekündigt in 25 Jahren. „Und deshalb machen wir weiter!" Das Gutachten der Fachanwälte solle dabei helfen: „Wir hören Experten an, aber wir müssen entscheiden."

Klaus Veuskens ging auf Konfrontationskurs. „Sie ziehen das Thema die ganze Zeit hoch, weil Sie mal in Sachsen-Anhalt Wasserrecht gemacht haben", warf er seinem Fraktionschef Prior vor. Dieser sei ebenso wie SPD-Mann Bruer „überfordert", beide seien verantwortlich für einen Imageschaden des Landkreises und für schlechtes Klima zwischen Politik und Verwaltung. Nun wollten sie sich hinter einem teuren Gutachten verstecken.

Er sehe es nicht als seine Aufgabe an, solche Papiere zu wälzen, dazu habe er auch keine Zeit und Lust, sondern vertraue den Fachbehörden und dem Konzern K+S. Er sei klar für den Neustart, gerade angesichts von Investitionen um die 500 Millionen Euro und 700 bis 900 neuen Jobs. Im Übrigen sei es ökologisch besser, ein Bergwerk mit hohen Umweltauflagen in Giesen zu nutzen, als das Material aus Russland oder Kanada herbeizuschaffen, wo die ökologischen Bedingungen weit schlechter seien.

Nina Lipecki (Grüne) sah das ganz anders: „50 Jahre Arbeitsplätze rechtfertigen nicht 700 Jahre Müll und Kontamination des Grundwassers." Bernd Fell (FDP) forderte hingegen einen zügigen Abschluss: „Wenn die Behörden dabei Fehler machen, kann ja geklagt werden." In der Mitte bewegte sich Uwe Steinhäuser (Unabhängige): Prior habe viel Wahres gesagt, doch seine Schlussfolgerung sei „eine Misstrauenserklärung gegen die Verwaltung".

SPD, CDU (bis auf Veuskens), Grüne, Linke und AfD stimmten dafür, jetzt nicht zu entscheiden und ein Fachgutachten einzuholen. Unabhängige, FDP und Veuskens stimmten dagegen.

Haldenwasser wird nicht gereinigt

Von Sebastian Knoppik

Giesen. Das Wasser, das vom Giesener Kaliberg in die Innerste geleitet wird, wird vorher nicht gereinigt. Das hat eine Anfrage des CDU-Fraktionschefs im Kreistag, Friedhelm Prior, beim Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) ergeben. Und auch die neue Anlage wird nach dem derzeitigen Stand der Dinge keine Reinigungsfunktion haben.

Dass das Haldenwasser nicht gereinigt werden muss, hängt mit einer Regelungslücke zusammen. Wer nämlich Abwasser nicht in die kommunale Kläranlage leitet, sondern es direkt in ein Gewässer einleitet, muss gewisse Vorschriften einhalten, die in der Abwasserverordnung geregelt sind. Die schreibt vor, dass die „Schädlichkeit des Abwassers" so gering sein muss, wie dies nach dem sogenannten Stand der Technik möglich ist. Und dieser Stand der Technik ist in branchenspezifischen Anhängen zur Abwasserverordnung geregelt. Für die Kaliindustrie gibt es aber eine solche Anlage gar nicht. „Der Stand der Technik ist deshalb im konkreten Einzelfall zu ermitteln", erklärt K+S-Sprecher Ulrich Göbel. Bei der Beantragung der wasserrechtlichen Erlaubnis für Althalde seien die einschlägigen Kriterien berücksichtigt worden, versichert er.

Es sei sichergestellt, dass der Salzgehalt den festgelegten Wert nicht überschreitet, sagt LBEG-Sprecherin Heinke Traeger. Die damaligen Regelungen seien „im Einvernehmen mit dem Landkreis Hildesheim unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Regeln der Technik" erfolgt.

Doch auch für die neue Anlage soll gelten, dass das Wasser nicht vorher gereinigt wird. So ist es jedenfalls im Antrag von K+S vorgesehen. Ob dies tatsächlich so kommen wird, ist offen. Denn auch dies wird Bestandteil der wasserrechtlichen Erlaubnis sein, zu der der Landkreis sein Einvernehmen noch nicht erteilt hat.

Erhöhte Einleitmenge gemeldet: K+S hat für das Jahr 2016 eine deutlich erhöhte Menge von eingeleitetem Niederschlagswasser gemeldet als zulässig. Das geht ebenfalls aus der Antwort auf die Anfrage Priors hervor. Allerdings war der Wert nur deswegen erhöht, weil es einen Defekt an einem Messgerät gab, wie K+S und Landesbergamt unisono versichern.

Die Genehmigung aus dem Jahr 1995 sieht vor, dass höchstens 40 000 Kubikmeter Niederschlagswasser vom Kaliberg in die Innerste eingeleitet werden dürfen. Dieser Wert wurde nach den Berichten, die K+S regelmäßig an das LBEG abgeben muss, 2016 deutlich überschritten. Da waren es 47 775 Kubikmeter – 19 Prozent mehr als erlaubt. „Es trat ein Defekt am Messsystem auf", erklärt K+S-Sprecher Ulrich Göbel. Da die Daten elektronisch erfasst würden, sei es nicht möglich, diese im Nachhinein zu korrigieren. Der Defekt habe „keinerlei Auswirkungen auf das Gewässer" gehabt, so Göbel.

Das LBEG als Aufsichtsbehörde bestätigt den Defekt. Weder der Landkreis als Untere Wasserbehörde noch das Bergamt selbst hätten „weiteren Handlungsbedarf gesehen, da es sich um einen einmaligen Wert handelte", sagt Behördensprecherin Traeger.